



In Kubas neuer Sonderwirtschaftszone von Mariel (ZEDM) sollen zahlreiche neue Fabriken eröffnen (Quelle: [ZEDMariel](#))

Havanna. Die Behörden in Kuba haben neue Zahlen zu ausländischen Direktinvestitionen auf der Insel bekanntgegeben. So meldete die Leiterin der 2014 gegründeten Sonderwirtschaftszone in Mariel, Ana Teresa Igarza, dass derzeit 19 Projekte mit einem Gesamtvolumen von 900 Millionen US-Dollar für Mariel genehmigt wurden. Insgesamt konnte Kuba

seit
Verabschiedung des
neuen
Gesetzes
über
ausländische
Direktinvestitionen vor
zwei Jahren
über 1,3
Milliarden
US-Dollar an
Investitionen
gewinnen.

Von den 83 neuen Projekten seien 15 in der Sonderwirtschaftszone von Mariel (ZEDM) angesiedelt, der Rest beziehe sich auf bereits bestehende Fabriken in anderen Teilen des Landes. Zu den prominentesten Vorhaben zählt die Eröffnung einer neuen Fabrik für Hygieneartikel in Zusammenarbeit mit dem internationalen Konsortium Unilever. Die Fabrik soll 300 Arbeiter in Mariel beschäftigen und im Jahr 2018 eröffnen.

Das brasilianisch-kubanische Joint-Venture Brascuba zeigt sich bereits seit 1993 für den Großteil der Zigarettenproduktion auf der Insel verantwortlich. Im Rahmen der Ende Oktober gestarteten Internationalen Handelsmesse (FIHAV) wurde der erste Grundstein für eine neue Fabrik in der Sonderwirtschaftszone gelegt. Das Joint Venture plant hierfür 100 Millionen US-Dollar zu investieren, die Pforten der neuen Anlage sollen ebenfalls 2018 geöffnet werden.

Kuba sucht derzeit noch nach weiteren Investoren für zahlreiche Projekte. Das neue Investitionsportfolio, das im Rahmen der FIHAV vorgestellt wurde, beinhaltet über 395 Projekte mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 9,5 Milliarden US-Dollar. Vor allem im Tourismussektor wird aufgrund des aktuellen Booms dringend nach neuen Partnern gesucht, um die bestehenden Kapazitäten zu erweitern.

Über 85 Prozent der Vier- und Fünf-Sterne Hotels werden derzeit im Rahmen von internationalen Verträgen durch ausländische Unternehmen verwaltet. Dennoch bleibt ein guter Teil der touristischen Infrastruktur weiterhin in den Händen des Staates, für die Altstadt von Havanna kündigte Kubas Außenhandelsminister Rodrigo Malmierca nun einen Stopp für neue Projekte mit ausländischen Partnern an. Stattdessen sollen bisher wenig entwickelte Urlaubszentren ausgebaut werden.

Kubas Regierung plant, jedes Jahr zwischen zwei und drei Milliarden US-Dollar an ausländischen Direktinvestitionen ins Land zu holen. Dies sei notwendig, um die selbstgesteckten Wachstumsziele von mindestens fünf Prozent pro Jahr zu erreichen und damit aus der aktuellen Wirtschaftskrise zu gelangen. Aufgrund der schwierigen Situation in Venezuela, Kubas wichtigstem Handelspartner und engem Verbündeten, kündigte die Regierung diesen Sommer ein Sparprogramm an. Laut Minister Malmierca wird das BIP-Wachstum in diesem Jahr gegen Null gehen.

von Marcel Kunzmann / [Amerika21](#)

Teilen: